

Werter Herr Masselink,
Ihren Kommentar in den Graftschafter Nachrichten vom 14.12.2019 können wir nicht unbeantwortet lassen. Ihr Pamphlet mit dem Titel „GEWO-Debatte ist reiner Populismus“ in einer Zeitung, die sich selbst als parteiunabhängig bewertet, hat eindeutig sehr einseitig gefärbte politische Tendenzen.

- Sie schonen gezielt die obere Spitze der Stadtverwaltung, Herrn Bürgermeister Berling und den Kämmerer Herrn Schlie.
- Sie kritisieren massiv den GEWO-Geschäftsführer Herrn Schütt.
- Sie diffamieren die IPG, einen politischen Mitbewerber, der es gewagt hat, die obere Verwaltungsspitze zu kritisieren

Dem Geschäftsführer und dem Team der GEWO mangelnde Führungs-, Management- und Planungskompetenz vorzuwerfen, ist reinste Polemik und konterkariert die derzeitige Situation der gesamten GEWO-Belegschaft. Sie hat in den letzten Jahren hervorragende Arbeit geleistet, um die veralteten Strukturen der GEWO zu modernisieren und zu optimieren.

Sie diskreditieren die IPG, die es gewagt hat, eine andere Meinung als die Verwaltungsspitze zu vertreten und diese öffentlich zu kritisieren. Ihr Vorwurf des Populismus ist absolut unsachlich und als diffamierend anzusehen.

Durch das gezielte Weglassen von Informationen oder Nennung von Zahlen aus dem Zusammenhang heraus verdrehen Sie die derzeitige Situation.

- Es stimmt, dass in Nordhorn bezahlbare Wohnungen fehlen.
- Es ist auch richtig, dass die GEWO zusätzliches Geld benötigt.
- Es wird nicht widersprochen, dass die GEWO mehr als bisher tun muss

Über die Höhe und der Art der benötigten finanziellen Unterstützung für die GEWO gab es sehr unterschiedliche Auffassungen zwischen der Stadtverwaltung und der GEWO-Geschäftsführung. Deswegen hat die IPG von dem Bürgermeister ein klärendes Gespräch zusammen mit den Fraktionsvorsitzenden gewünscht. Herr Schlie und Herr Berling haben dieses entschieden abgelehnt und sogar angemahnt, diese Diskussion aus der Öffentlichkeit herauszuhalten. Auch die Fraktionsvorsitzenden der SPD und der CDU sahen für einen derartigen Gedankenaustausch keine Veranlassung.

Wären diese Herren im Vorfeld der Haushaltsdebatte unserem Gesprächswunsch nachgekommen, hätte sich im Rat u.U. eine Debatte erübrigt. Auch hätten das mögliche Fehlen eines „Planungskonzepts“ und die von Ihnen genannten „Management-Probleme“ geklärt und ausdiskutiert werden können. So hat es aber den Eindruck, dass die obere Verwaltungsspitze nur ihr eigenes Konzept verfolgt, wie es schon in der Haushaltsrede der IPG angedeutet wurde. Dieses Verhindern eines klärenden Gesprächs zeigt wieder einmal deutlich die große Schwäche der Verwaltungsspitze.

- Sie will oder kann nicht konstruktiv mit Teilen des Rates kommunizieren.
- Sie verträgt keine deutliche Kritik an ihren Positionen.
- Sie hat ersichtliche Defizite im Umgang mit „Andersdenkenden“, mit denen sie zusammenarbeiten muss.

Das kommentieren Sie nicht.

Sie bezeichnen es als grob fahrlässig, wenn die Stadt der GEWO quasi „blanko“ 3 Mio. Euro überweist. Dabei verheimlichen Sie gezielt, dass die Stadtverwaltung selbst in den Haushalten 2020/21 schon 1,5 Mio. Euro eingestellt hat, ohne dass ein „schlüssiges Bau- und Finanzierungskonzept“ vorliegt. Das ist für Sie offensichtlich nicht fahrlässig. Unsere Ausführungen bezeichnen Sie dagegen als Populismus. Die IPG hat letztlich in der Ratssitzung keineswegs 3 Mio. Euro gefordert, sondern ist der Höhe des Verwaltungsvorschlages gefolgt. Dass Sie diesen Tatbestand in Ihrem Kommentar völlig unter den Tisch

fallen lassen, werten wir durchaus als gewollte Verfälschung des tatsächlichen Geschehens. Der Kern der Diskussion im Rat war nur noch die Frage nach der Art der finanziellen Unterstützung. Wir haben eine Kapitalerhöhung und kein Darlehen gewünscht, was der Rat mit Mehrheit abgelehnt hat.

Für eine ausreichende Kapitalausstattung ist die Stadt Nordhorn und somit der Rat zuständig. Deshalb hat die politische Beratung darüber auch im Rat und an keiner anderen Stelle zu erfolgen. Den öffentlichen Berichten der Wirtschaftsprüfer kann man entnehmen, dass die Ausstattung der GEWO mit Eigenkapital für ein Wohnungsbauunternehmen dürftig ist. Wenn die GEWO am Markt schlagkräftig auftreten soll, kann sie nicht für jedes einzelne Projekt bei der Stadt Nordhorn eine Einzelfinanzierung beantragen. Ein solcher Prozess dauert zu lange. Eine ausreichende Eigenkapitalausstattung ermöglicht es dem Management der GEWO, am Bau- und Wohnungsmarkt deutlich effizienter zu agieren.

Warum Sie unsere Anträge zur Verbesserung der Handlungsfähigkeit eines Nordhorner Unternehmens, das vor großen Herausforderungen steht, als Populismus und Stimmungsmache bezeichnen, ist für uns überhaupt nicht nachvollziehbar. Wir sprechen Missstände dann an, wenn wir diese erkennen und dies jederzeit auch ohne jeglichen „Kommunalvorwahlkampf“. Die IPG hat bei ihren Aussagen und Entscheidungen grundsätzlich das Wohl Nordhorns im Auge, erlaubt sich dabei aber auch, eine eigene Meinung zu haben und sie konsequent in die Diskussionen einzubringen.

Die Forderungen der IPG sind nicht populistisch, sondern realistisch. Sie sorgen für Entlastung im preisgünstigen Mietwohnungsmarkt, sie stärken die GEWO und stärken somit auch das Vermögen der Stadt Nordhorn.

Mit freundlichem Gruß

Uwe Heiduczek
Vorsitzender IPG

Klaus Lübke
Fraktionsvorsitzender